



Antrag

der Abgeordneten **Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Roland Magerl, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Entwicklung der Kinder- und Jugendarmut in Bayern in der Coronakrise

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- eine Studie zur Evaluierung der Entwicklung der Kinder- und Jugendarmut in Bayern seit Beginn der Coronakrise bzw. der Verordnungen der Corona-Maßnahmen in Auftrag zu geben und diese monatlich zu ergänzen.
- dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie einen Bericht über die Entwicklung der Kinder- und Jugendarmut in Bayern auf Basis dieser Studie bis 31. März 2021 vorzulegen.
- dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie ab dem 1. April 2021 monatlich über die Entwicklung der Kinder- und Jugendarmut in Bayern bis zum Ende des Jahres 2021 zu berichten.

Begründung:

Die Kinder- und Jugendarmut bewegte sich vor der Coronakrise trotz guter wirtschaftlicher Lage auf einem hohen Niveau, wie die Bertelsmann-Stiftung berichtete. Kinder- und Jugendarmut hat erhebliche Folgen für Wohlbefinden, Aufwachsen, Bildung und Zukunftschancen, sagt Bildungsexpertin Anette Stein. Auch für die Freizeitgestaltung und soziale Teilhabe bestehe dadurch eine starke Unterversorgung, denn „Armut ist das größte Risiko für die Entwicklung von Kindern, zumal sie oft lange anhält oder die gesamte Kindheit andauert“, so Stein.

Es manifestiert sich der Eindruck, dass eine weitere Folge der Coronakrise eine Steigerung der Kinder- und Jugendarmut in Bayern sein wird aufgrund existenzieller Notlagen von Familien resultierend aus den Corona-Maßnahmen.

Laut einer Umfrage der Wirtschaftsauskunftei Creditreform (Veröffentlicht am 28.9.2020), hätten vier von zehn Haushalten in Deutschland durch die Corona-Pandemie finanzielle Einbußen erlitten. 37 Prozent der Befragten hätten angegeben, weniger Geld zur Verfügung zu haben als vor der Coronakrise. Jeder Fünfte würde über einen Einkommensverlust von 30 bis 50 Prozent klagen und acht Prozent hätten berichtet, mehr als die Hälfte ihrer Einkünfte verloren zu haben.

Elf Prozent der Haushalte habe bereits Ratenzahlungen laufender Konsum-, Immobilien- oder Autokredite gestundet. Zwar habe die Zahl der Privatinsolvenzen abgenommen, dabei handele es sich aber um einen Verschiebe-Effekt aufgrund einer Gesetzesänderung im Insolvenzrecht, welche erst mit 1. Oktober 2020 in Kraft trete.

Für Bayern stellt sich die Situation noch schlimmer dar, denn die Coronakrise hat die bayerische Wirtschaft härter getroffen als viele andere Bundesländer. Laut dem Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft, Bertram Brossardt, sei die

bayerische Industrieproduktion im ersten Halbjahr 2020 um 14,1 Prozent zurückgegangen, bei Auto- und Zulieferindustrie fiel das Minus mit 29,3 Prozent noch wesentlicher aus. Jeder sechste von insgesamt 5,5685 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern (Stand August 2020) arbeitet in der Metall- und Elektroindustrie und dabei planen die Unternehmen weiter mit Personalabbau, so das Ifo-Institut.

Dazu kommt, dass die Arbeitslosigkeit weiter steigt in Bayern. Wie die Bundesagentur für Arbeit berichtete, waren Ende August 2020 im Freistaat 308 000 Menschen bzw. 4,1 Prozent der Erwerbstätigen arbeitslos. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Arbeitslosen in Bayern im August um fast 89 000 und übersteigt somit deutlich die Vorjahresmarke von 2,9 Prozent.

Durch die Coronakrise „ist die Chance, aus der Arbeitslosigkeit eine Beschäftigung zu finden, insgesamt gesunken. Nicht zu vergessen ist auch, dass viele Unternehmen noch in Kurzarbeit sind und der strukturelle Wandel den Transformationsprozess beschleunigt“, so Klaus Beier von der Bundesagentur für Arbeit. Eine schnelle Arbeitsmarkterholung sei somit nicht zu erwarten, wie Bertram Bossardt konstatiert.

Die Folgen der Corona-Maßnahmen auf die Zunahme von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Insolvenzen sowie eine langanhaltende Krise in Bayern führt auch zwangsläufig zu finanziellen Problemen von Familien. Deshalb soll die aktuelle Lage der Kinder- und Jugendarmut in Bayern beziffert werden, um möglichst schnell in Form von staatlicher Unterstützung handeln zu können.